



VBE fordert: Schulverwaltung entlasten

Südbaden / Freiburg. Der Verband Bildung und Erziehung (VBE), Landesbezirk Südbaden, drückt seine Solidarität mit dem zunehmend überlasteten Personal in der Schulverwaltung aus. Jährlich werden durch knappes Personal die Arbeitsbedingungen schlechter. Computerprogramme, die eigentlich unterstützen sollen, behindern oder versagen mangels genügender Investitionen ihren Dienst. Angesichts einer großen Pensionierungswelle im Schulbereich gibt es in der Folge eine Vielzahl von Einstellungen. „Es ist völlig fehl am Platz, mit den meisten Einstellungen seit den 70-er Jahren zu prahlen wie es Ministerpräsident Kretschmann tut“, moniert der Vorsitzende des VBE Südbaden, Josef Klein (Rickenbach). Seit etwa fünf Jahren und noch weitere fünf Jahre läuft auch die größte Pensionierungswelle des letzten halben Jahrhunderts. Dies habe zwangsläufig miteinander zu tun, so der VBE.



Josef Klein
VBE Südbaden
Vorsitzender

Dass die ausgedünnte Schulverwaltung ihre Mühe hat, rechtzeitig zum Schuljahresbeginn die Lehrerversorgung wenigstens einigermaßen sicherzustellen, ist ein von der Politik hausgemachtes Problem, das viele Komponenten hat, weiß Klein. Einmal verdichten die durch zwei Verwaltungsreformen reduzierten Stellen in Schulämtern und Regierungspräsidien die Arbeit, zum anderen können die vorhandenen und einzustellenden Lehrkräfte die anstehenden Veränderungen der Schullandschaft nur unter starken Belastungen bewältigen. „Die Politik müsste die pädagogischen Herausforderungen durch die Schüler und die neuen Anforderungen an die Schulen in den Mittelpunkt ihres Denkens und Handelns stellen“, fordert der VBE. Stattdessen folgten sie den erbsenzählerischen Argumenten des Landesrechnungshofes. Die Mathematik des zu reduzierenden Personals steht dabei im Vordergrund. Seit Jahren laufe es jeglicher Pädagogik zuwider, wie eine 100-Prozent-Versorgung definiert ist. Der VBE-Landesbezirksvorsitzende verdeutlicht dies am Beispiel der Grundschulen: noch in den 90-er Jahren gehörten Stütz- und Förderunterricht zum Pflichtbereich bei den Zuweisungen. Mit vermeintlichen Einsparnöten wurde dieser Unterricht in den so genannten Ergänzungsbereich „überführt“. Das bedeutet nichts anderes, als dass in Grundschulen Stütz- und Förderunterricht nur erteilt wird, wenn die Stundenzahl ausreicht. Angesichts knapp gehaltener Lehrerversorgung ist das nur in seltenen Ausnahmen der Fall. Klein: „Auch das Elternverhalten hat sich verändert und wirkt zunehmend belastend. Noten werden angefochten, zunehmend werden Juristen wegen vermeintlicher Benachteiligungen bemüht. Und in sozialen Netzwerken werden Diffamierungen verbreitet, die einem förderlichen Miteinander abträglich sind. Das belastet Lehrkräfte und die Schulverwaltung“.

Der VBE fordert

- eine angemessene Aufstockung des Personals in der Schulverwaltung,
- gut arbeitende Computerprogramme zur Unterstützung von Verwaltung und Lehrkräften
- vermehrte Einstellungen zur Bewältigung der steigenden pädagogischen Herausforderungen in Schulen
- frühzeitigere LehrERRUweisungen für die Schulkreise zur Straffung des Zuteilungsverfahrens an die Schulen.